

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabenpreis: Die Lebenshaltungskosten sind für Anzeigen aus dem Erzgebirge 10 Pfennige, aus dem Ausland 15 Pfennige, aus dem Ausland 15 Pfennige, aus dem Ausland 15 Pfennige, aus dem Ausland 15 Pfennige.

Programme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 67

Sonnabend, den 20. März 1926

21. Jahrgang

Das deutschnationale Misstrauensvotum gegen Dr. Rülz abgelehnt.

Mit 252 gegen 97 Stimmen.

Berlin, 18. März. Das Misstrauensvotum der Deutschnationalen gegen den Reichsinnenminister Dr. Rülz wurde mit der großen Mehrheit von 252 gegen 97 Stimmen bei 41 Stimmenthaltungen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der heutigen Reichstags-Sitzung wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der eine Nachprüfung der Reichsverfassung durch einen Ausschuss fordert, gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt. Auch ein weiterer Antrag der Deutschen Volkspartei auf Veränderung

der Reichsflaggen wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und eines Teiles der Bayerischen Volkspartei abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums auf baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes. Der Reichstag beschloß ferner mit Zweidrittelmehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten die Aussetzung der Verkündung des vom Reichstag beschlossenen Gesetzes zur Vereinfachung des Militärstrafrechtes, das insbesondere neue Strafbestimmungen über Duellvergehen enthält.

Das Echo der Genfer Tagung. Triumph in Polen.

Warschau, 18. März. Die polnische Presse zeigt im allgemeinen Befriedigung über die Beratung der Entscheidung in Genf. Die „Naczespospolita“ vertritt die Meinung, daß Brasilien Europa einen geradezu unschätzbaren Dienst erwiesen habe, und betont, daß die Forderung Polens, gemeinsam mit Deutschland in den Völkerbund einzutreten, nach wie vor weiter besteht. „Kurier Poranny“ glaubt, daß das Veto Brasiliens trotz der scheinbaren Entkräftung, die es in Völkerbundkreisen hervorgerufen habe, der Rettung Polens für die ganze Lage war: nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Aufrechterhaltung von Locarno und der englisch-französischen Harmonie. Polen habe das brasilianische Veto die nicht sehr angenehme Situation erspart, auf Kosten eines anderen Staaten in den Rat einzuziehen.

Frankreich vermisst den Locarnogeist.

Paris, 18. März. „Journes Industrielles“ führt aus: Man dürfe nicht sagen: „Alles wird sich ausgleichen“ oder „Alles ist verloren“. Vor allen Dingen müsse man das Vertrauen zu Improvisationen befestigen. Das Friedenswerk, dem Irland auf neue so viele verdienstvolle Anstrengungen widme, gelte nicht zu diesen Improvisationen. Der „Avenir“ schreibt: Das Abkommen von Locarno wird Deutschland gestatten, seine großen außenpolitischen Pläne auszuführen, oder es wird den Völkerbund herbeiführen, der in seiner Herdrücklichkeit unsere letzte Sicherheitsgarantie blieb. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen von Genf. Gut gearbeitet, ihr Herren Pazifisten!

Die Schweiz ist optimistisch.

Genf, 18. März. Das „Journal de Geneve“ schreibt am Schluß einer längeren Betrachtung über die Genfer Vorgänge daß sich ein genaues Bild erst mit der Zeit werde gewinnen lassen. Gleichwohl warnt das Blatt davor, den Völkerbund verantwortlich zu machen für einen Mißerfolg, der ihm nicht zur Last gelegt werden dürfe. Nicht die Methode, sondern der Wille auf diese Methode sei schuld an dem Scheitern der Genfer Tagung. Das Blatt spricht die bestimmte Erwartung aus, daß das Fortbestehen des Bundes auch durch eine so schwere Krise wie die gegenwärtige, nicht in Frage gestellt werden könne. Denn der Völkerbund entspreche einem tiefen und bleibenden Bedürfnis aller Nationen, das unabhängig sei von Luertreibereien einzelner ehrgeiziger Völker. Die „Gazette de Lausanne“ schreibt, in Genf seien viele Irrtümer vorgekommen. Über der Völkerbund habe schon zu große Dienste geleistet, und es liege ein so großes Bedürfnis nach ihm vor, als daß man ihn in Zukunft entbehren könnte. Immerhin sei die Tagung ein entmutigendes Schauspiel gewesen. Sobald es gelte, die schönen Reden durch Taten zu bekräftigen, geligten sich Schwierigkeiten und man mache Ausflüchte.

Spanien ist enttäuscht.

Madrid, 18. März. „Debate“ schreibt: Der Ausschub aller Entscheidungen in Genf stellt alle Völkerbundaspiranten gleich. Der alleinige Geschädigte ist der Völkerbund, aus dem der Gerechtigkeit- und Friedensgeist geflohen ist. „Imparcial“ sagt, der Ausschub der Beschlüsse in Genf könne weder Spanien noch Brasilien, noch Polen, noch Deutschland befriedigen, da er keine Lösung biete. Das Scheitern der Versammlung sei offenbar. „Diario Universal“ schreibt, niemand könne in Genf um die spanischen Ansprüche besorgt gewesen zu sein. Aber wenn auch Spanien nicht als erste Großmacht auftreten könne, so habe es doch genügend Gewicht und Selbstbewußtsein, um sich nicht als kleiner Voge behandeln zu lassen. Spanien werde verstehen, seine Handlungsweise derjenigen der übrigen Mächte anzupassen. „Epoca“ sagt, Spanien habe in Genf eine sehr unangenehme Erfahrung gemacht, aber nichts mehr, und niemand dürfe behaupten, daß das spanische internationale Prestige auf dem Spiel gestanden habe. Durch die seit 1920 ununterbrochen erfolgte Wiederwahl Spaniens in den Völkerbundrat habe es tatsächlich bereits einen ständigen Sitz gehabt, was einer Anerkennung seiner Ansprüche gleichkomme.

Rückkehr der deutschen Delegation aus Genf.

Berlin, 18. März. Die deutsche Delegation unter Führung des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Außenministers Dr. Stresemann ist heute nachmittag 2.50 Uhr im Sonderzug auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. In ihrem Empfang waren u. a. der stellvertretende Reichskanzler, Reichswehrminister Dr. Brüning, und der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sowie zahlreiche Herren des Auswärtigen Amtes erschienen. Besonders bemerkt wurde die Anwesenheit des französischen Botschafters de Margerie und des englischen Botschafters Lord d'Albernon.

Das Reichskabinett billigt die Haltung der deutschen Delegation in Genf.

Berlin, 18. März. Der amtliche Bericht über die heutige Kabinettsitzung hat folgenden Wortlaut: In einem heute nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Ministerrat wurden die Genfer Verhandlungen durchberaten, nachdem die beiden Delegierten ihre fortlaufenden schriftlichen Berichte durch mündliche Darlegungen ergänzt hatten. Das Reichskabinett billigte einstimmig die Haltung der deutschen Delegation und nahm insbesondere davon Kenntnis, daß durch die in Genf getroffenen Abmachungen die beiderseitige Fortführung der Locarnopolitik gewährleistet ist.

Wie die T.-U. erfährt, wird die Reichsregierung bei der parlamentarischen Erledigung der Genfer Verhandlungen ein positives Misstrauensvotum fordern.

Die Frage der deutschen Kolonialmandate.

London, 18. März. Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär Lord Lambson im Namen Chamberlains auf eine Anfrage, es sei unzutreffend, daß man Deutschland für Locarno für den Fall seines Eintritts in den Völkerbund die Übertragung von Kolonialmandaten ginstweilen versprochen habe. Er führte aus, man habe die deutschen Delegierten in Locarno darauf hingewiesen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundes ebenso wie andere Mächte für die Übertragung von Kolonialmandaten in Betracht kommen könne.

Tagung des Völkerbunderates.

Genf, 18. März. Der Völkerbundrat nahm heute vormittag in öffentlicher Sitzung zwei Berichte über das Saargebiet entgegen. Der eine Bericht behandelt eine rein interne Angelegenheit betreffend die Aufbewahrung und Sicherstellung dokumentarischen Materials für die Volkstimmung im Saargebiet. Der zweite Bericht beschäftigte sich mit der Frage der Ortspolizei und der damit zusammenhängenden Rückführung der noch im Saargebiet befindlichen Truppen, deren Stärke gütlich noch ein Regiment Infanterie, ein

Regiment Kavallerie und ein Bataillon Jäger beträgt. Der Bericht spricht sich gegen die Erhöhung der Ortspolizei aus, die insgesamt 1005 Köpfe umfaßt, gibt ferner Kenntnis von der Zulage der französischen Regierung, das Jägerbataillon bis zum 31. Mai d. J. aus Saarbrücken zurückzuführen, und betont die Notwendigkeit, daß für außergewöhnliche Fälle zur Sicherung von Eigentum und Leben im Saargebiet an seinen Grenzen französische Truppen stationiert sein sollen, die im Bedarfsfälle der Regierungskommission sofort zur Verfügung gestellt werden können. Schließlich spricht sich der Bericht für die Einsetzung eines Ausschusses aus, der dem Rat für seine Sommertagung Vorschläge über die Sicherstellung des Durchgangsverkehrs auf den Saarbahnen für alle Fälle machen soll. Dieser Ausschuss soll, wie verlautet, aus einigen französischen Offizieren gebildet werden. Der Rat hat den Bericht einstimmig gutgeheißen.

In dem griechisch-türkischen Grenzstreit um das Maritimo-Delta entschied der Rat entsprechend einem juristischen Gutachten daß er für die Frage im gegenwärtigen Stadium nicht zuständig ist und wies sie an die entsprechende Grenzkommission zurück, die dann unter Teilnahme der beiden Regierungen die Frage lösen soll.

Auf Antrag Chamberlains wurde schließlich beschlossen auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Ratssession den Beschluß des amerikanischen Senats über den Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zum Ständigen Internationalen Gerichtshof zu legen. Chamberlain will mit seinem Vorschlag den Vereinigten Staaten eine besondere Aufmerksamkeit erweisen. Uruguay unterstützte seinen Vorschlag lebhaft, und der Rat beschloß, den Entschluß des amerikanischen Senats mit den bekannten Vorbehalten bereits auf die heutige Nachmittags-Sitzung zu legen.

Der Ausschuss zum Studium der Frage der Ratserweiterung.

Genf, 18. März. Der deutsche Vorschlag auf Einsetzung eines Ausschusses zum Studium der Frage der Ratserweiterung wurde heute vormittag in nicht-öffentlicher Sitzung vom Ratpräsidenten Ishii (Japan) im Namen der japanischen Regierung im Rat eingebracht. Die Ratsmitglieder sind dahin übereingekommen, daß in diesem Ausschuss, der seine Arbeiten möglichst bald aufnehmen soll, außer den zehn Ratsmächten noch folgende fünf Staaten vertreten sein sollen: Deutschland, Schweiz, Polen, Argentinien und China.

In 5 Jahren 63 preussische Förster von Wilderern erschossen.

Berlin, 18. März. In einer kleinen Anfrage im preussischen Landtage wurde darauf verwiesen, daß seit Ende 1919 bei 472 Zusammenstößen mit Wild- und Holsdieben 63 Försterbeamte getötet und 69 mehr oder weniger schwer verletzt worden sind. Die preussische Regierung wurde im Zusammenhang hiermit um erhöhten Schutz für die Försterbeamten und zeitgemäße Regelung des Waffengebrauchsrechts der Försterbeamten ersucht. Hierauf hat der Innenminister, zugleich im Namen des Landwirtschaftsministers, wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, geantwortet, daß eine Zunahme der Tötungen oder Verwundungen von Beamten gegenüber der Vorkriegszeit nur im Jahre 1919 zu verzeichnen gewesen sei und daß in den Jahren 1920 bis 1922 28,4 Prozent an Beamten und 65,6 Prozent an Wild- und Försterbeiletern getötet oder verwundet worden seien. Die Staatsregierung erblickt hierin die Tatsache, daß der unglückliche Ausgang der Zusammenstöße für die Beamten nicht auf Mangel des Waffengebrauchsrechts zurückzuführen sei. Die einschlägigen älteren Vorschriften seien bereits erweitert worden und darüber hinausgehende Veränderungen des Gesetzes von 1887 würden geprüft werden.

1.10
4.95
1.95
3.95
19.—
—,75
1.45
1.50
5.95

UE
am. 3 Uhr
ana

concavallo,
36, 9.40 Uhr.
in Nummer
tagstag be-

gl
index 4.88
abs 5.80
-42 6.80
1.80
preis 0.80
schlanalt
Reichstr. 12

igen An-
e, juder-

Be,
Daushalt
en kann.
L. 1196
e bis. 31.

auf
nd!

te. Qualität.
Be 40.